

Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2024

Wirtschaften in schweren Zeiten

Christoph Boll, UWG-Fraktionsvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
geschätzter Landrat Dr. Sommer,

wir stehen im Kreis Steinfurt vor finanzwirtschaftlich schwierigen Zeiten. Es geht uns nicht alleine so und das kommt auch nicht überraschend. Die erste dieser beiden Feststellungen ist wenig tröstlich, die zweite offenbart ein weit verbreitetes politisches Problem: Unangenehme Konsequenzen werden erst gezogen, wenn es absolut nicht mehr zu verhindern und nahezu zu spät ist.

Nun stecken in erster Linie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Geldnöten. Dafür ist der Kreis nur wenig verantwortlich. Im Gegenteil: Die Gemeindeprüfungsanstalt hat ihm und damit uns allen erst vor wenigen Wochen ein äußerst kommunalfreundliches Finanzgebaren bescheinigt. Wir freuen uns darüber und danken allen Mitarbeitern für ihren Arbeitseinsatz. In erster Linie ist das positive Ergebnis deren Verdienst.

Nun aber ist die Frage, ob auch der vorliegende Haushaltsentwurf die notwendigen Konsequenzen aus einer mit multiplen Krisen gespickten Lage und der desaströsen Finanzsituation der Städte und Gemeinden zieht? Denen steht das Wasser Oberkante Unterlippe. Wie müssen deshalb dazu beitragen, ihnen Substanz unter den Füßen - sprich Liquidität - zu verschaffen. Das von der Verwaltung vorgelegte Zahlenkonvolut liefert dazu gute Ansätze. Der gewünschte Stellenzuwachs ist moderat und es gibt darum kein so bizarres Gezerre wie im vergangenen Jahr. Wobei kritisch angemerkt sei, dass sich gegen die vielfach für Stellenanforderungen zu findende Begründung eines „vermehrten Arbeitsaufkommens“ kaum argumentieren lässt. Sie ist nämlich von außen in den meisten Fällen schlicht nicht überprüfbar. Wir müsse es also glauben - und wir tun es.

Als Sie, Herr Dr. Sommer, zusammen mit dem Kämmerer den Etatentwurf eingebracht haben, haben Sie auf die wesentlichen Entwicklungen des vergangenen Jahres verwiesen. Sie haben damit aufgezeigt, wo und wie der Kreis das Leben der Menschen in seinem Zuständigkeitsbereich gestaltet. Dieses Gestalten ist unsere Aufgabe. Dazu

sind alle Kreistagsmitglieder ebenso wie der Landrat gewählt. Die Wahrnehmung dieses Auftrags kostet auch Geld. Dieses Geld aber wird nicht im luftleeren Raum ausgegeben. Es kommt den Menschen im Kreis zugute und wird ganz überwiegend in einzelnen Kommunen investiert.

Angesichts der aktuellen und zu erwartenden weiteren schwierigen Haushaltsjahre hat der Kämmerer bei der Haushaltseinbringung eindringlich gefordert – ich zitiere – „Schluss mit kleinteiligen Förderprogrammen und sonstigen Almosen“. Ja, Sie haben recht, Herr Termathe. Aber diese Mahnung hätte ich von Ihnen gerne bei der Beratung des Jobtickets für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung gehört.

Nicht, dass ich falsch verstanden werde: Wir freuen uns über das Deutschlandticket: Damit gibt es endlich einen von der UWG immer wieder geforderten ÖPNV-Fahrschein, der eine breite Schneise in den undurchschaubaren Tarifdschungel schlägt. Er ist zudem außerordentlich preiswert. Warum man in der aktuellen schwierigen Situation dann aber den Preis von 49 Euro monatlich in Form von Job- oder Sozialticket noch weiter heruntersubventionieren muss, ist uns unbegreiflich.

Damit sind wir dann bei der Frage von Einsparungen oder bei Konsolidierungsmöglichkeiten, die einige Fraktionen hier gerne in Form einer Liste von der Verwaltung vorgelegt bekommen möchten. Da drängt sich der Eindruck auf, es solle nur die Verantwortung wie der sprichwörtliche Schwarze Peter weggeschoben werden. Denn diese Liste gibt es im Wesentlichen längst. Schauen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf das Papier der freiwilligen Leistungen, das uns mit jedem Haushaltsentwurf zugeht. Man darf sich als Kreistagsmitglied und -fraktion schon selbst die Mühe machen, nach Einsparmöglichkeiten zu suchen. Wenn man denn wirklich sparen will. Dabei läuft der Wunsch, liebe FDP, das solle nicht weh tun, in die Irre. Sparen tut immer irgendjemandem weh. Sonst würde derzeit Geld vergeudet - was wir nicht glauben.

Geradezu grotesk aber wird es, wenn, wie von der SPD praktiziert, die Forderung nach einem Konsolidierungsprogramm der Verwaltung gleichzeitig mit Anträgen zu weiteren Kostensteigerungen im freiwilligen Bereich vorgelegt wird. Wasch mir den Buckel, aber mach mich nicht nass. Und um dem Ganzen die Spitze aufzusetzen, konterkarieren CDU und SPD jedwedes Konsolidierungs- und Spargerede, indem sie sich selbst drastisch höhere Fraktionszuwendungen genehmigen.

Die Verwaltung hat uns für das kommende Jahr einen Haushaltsentwurf vorgelegt, in dem der Zahlbetrag der Kreisumlage um etwa 26 Millionen Euro auf rund 250 Millionen Euro steigt. Von denen reichen wir dann gleich 60 Prozent, nämlich 150 Millionen Euro zum Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) weiter. Und, meine Damen und Herren, seien Sie sicher, dass dieser Betrag in den nächsten Jahren weiter deutlich steigen wird. Das gepaart mit wirtschaftlich und weltpolitisch unsicheren Aussichten zeigt, dass wir erst am Anfang einer Phase des eigenen Wirtschaftens in schwierigen Zeiten stehen. Es wäre, Kolleginnen und Kollegen, die in der Landschaftsversammlung sitzen, schon mal an der Zeit, dass Sie den LWL-Verantwortlichen in den Arm fallen und sie einbremsen beim Geldausgeben.

Was die eigenen Mehrausgaben im Vergleich zum Vorjahr angeht, so entfällt mit 12,5 Millionen Euro rund die Hälfte davon auf Steigerungen im Personal- und Versorgungsbereich. Verantwortlich dafür ist in erster Linie der Tarifabschluss. Dem Kreis kann man das also nur insofern anlasten, als er diese Stellen in der Vergangenheit geschaffen hat.

Mit Blick in die Zukunft bereitet uns die enorm steigende Verschuldung Sorgen. Der prognostizierte Berg von 100 Millionen Euro Verbindlichkeiten in den nächsten Jahren wird uns erhebliche Zinslasten und Abschreibungen aufbürden und unsere Spielräume und die weiterer Generationen zusätzlich einengen. Vielleicht ist es wirklich an der Zeit, dass auch wir eine Schuldenbremse einführen. Wir sollten sie dann allerdings nicht so oft außer Kraft setzen wie die Regierenden in Berlin. Oder reden wir uns wie die dortigen Finanztrickser die Lage einfach nur schön und nennen den Schuldenberg Sondervermögen. Das klingt nach Haben, nicht nach Soll, und beruhigt so, weil man sich selbst und die Öffentlichkeit so herrlich sprachlich täuschen kann. Die Gläubiger wird das allerdings wenig interessieren.

Der aktuelle Etatentwurf aber ist insgesamt solide und im Ausgabenbereich zurückhaltend. Die UWG würde jedoch gerne einen Schritt weitergehen bei der Entlastung der Städte und Gemeinden. Wir haben dazu ein annähernd 11,5 Millionen Euro schweres Entlastungspaket für die Städte und Gemeinden vorgeschlagen. Das ist etwa der Teil an Netto-Zahlbetrag ohne die erhöhten Personal- und Versorgungskosten.

Es freut uns, dass unser Antrag in Verwaltung und Kreistag offenbar unstrittig ist, die 6,5 Millionen Euro, die der Kreis für die Kosten der Flüchtlingsversorgung erhält, an die Kommunen weiterzureichen. Selbstverständlich war für uns, den Überschuss des Jahresergebnisses 2022 den Städten und Gemeinden zugutekommen zu lassen. Zusätzlich haben wir beantragt, weitere zwei Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage zu entnehmen. Uns ist dabei bewusst, dass wir das nur ausnahmsweise machen können und wir in den künftigen schwierigen Jahren noch Rücklagen benötigen werden. Und wir haben auch sehr wohl die Mahnung der Gemeindeprüfungsanstalt im Ohr, dass die sowieso schon geringe Eigenkapitalquote des Kreises weiter sinkt, je mehr wir zum Wohl der Städte und Gemeinden weiter zubutteren. Deshalb wäre diese Entnahme verzichtbar, wenn es zur Weitergabe der Verbesserungen bei der LWL-Umlage kommt.

Klimaschutz ist wichtig, aber nicht das Pampern von Menschen, die dessen nicht bedürfen. Wir fordern deshalb beim 50-Punkte-Handlungsprogramm ein Moratorium. Es soll zu einer Diskussion führen, an deren Ende geklotzt und nicht gekleckert wird. Also um es noch einmal mit den Worten des Kämmerers zu sagen: weg von kleinteiligen Förderprogrammen und sonstigen Almosen.

Erschwerend kommt aktuell hinzu, dass die Auswirkungen des derzeitigen Lochs in den Haushaltsplanungen des Bundes für 2024 auf Projekte des Kreises noch gar nicht absehbar sind.

Und dann ist es dringend an der Zeit, an den Wasserkopf des Kommunalen Integrationszentrums heranzugehen. Wir haben dort mit 6,5 Stellen begonnen, inzwischen sind es 14 Stellen. Und der Effekt ist nahezu Null. Nicht, dass ich falsch verstanden werde. Die Mitarbeiter drehen nicht Däumchen. Sie sind fleißig. Aber das Konstrukt ist falsch. So wie das KI angelegt ist, ist es für die Arbeit an und mit Flüchtlingen und Asylbewerbern nahezu bedeutungs- sprich wirkungslos. Bürgermeister urteilen deutlich: „Die nützen uns nichts“. Und noch drastischer hat es der Grünen-Ratsherr Hans-Heinrich Wegener in Mettingen formuliert: Außer schönen Heftchen und Broschüren komme nicht viel.

Dass das kreiseigene Sozialunternehmen „WertArbeit“ nun per Dringlichkeitsbeschluss vor der Insolvenz bewahrt werden musste, ist mehr als ärgerlich. Eine Pleite wäre auf den Kreis selbst zurückgefallen. Im ersten Quartal 2024 wird über Weiterbetrieb oder Liquidation der Gesellschaft zu entscheiden sein. Dabei sind wir angesichts veränderter Rahmenbedingungen skeptisch und schließen eine Erhöhung der Zuschüsse aus dem Kreishaushalt aus.

Meine Damen und Herren,
unter dem Strich halten wir mit dem Haushalt 2024 die Balance zwischen Sparzwang und Gestaltungswillen.

Die UWG dankt allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement. Unser besonderer Dank gilt jenen, die an der Aufstellung des Haushaltsplans beteiligt waren oder uns im politischen Ehrenamt unterstützen. Wir wünschen allen eine besinnliche Weihnachtszeit. Bleiben Sie gesund.

Die UWG stimmt dem Etatentwurf 2024 zu, wenngleich wir uns einige weitere Verbesserungen zugunsten der Städte und Gemeinden gewünscht haben.